



Nasser am Rhein oder Ulbricht am Nil?

Leserbrief zum Artikel von Rainer A. Blasius

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. März 2005

Die Reise des Ostberliner Partei- und Staatschefs Walter Ulbricht nach Kairo zu Präsident Abd an-Nasir war im März 1965 eine Zäsur in den zweierlei deutschen Beziehungen gegenüber Nahost. Abd an-Nasir hatte Ulbricht schon Ende Dezember 1963 ein Willkommen signalisiert und die formelle Einladung am 10. Januar 1965 unterzeichnet.



Foto: Zentralbild, Buch "Freundschaft", 1965

Partei- und Staatschef Walter Ulbricht war vom 24. Februar bis 2. März 1965 am Nil

Ulbricht hoffte, eine Gruppe der arabischen oder der paktfreien Länder, in denen Ägypten je eine Hauptrolle spielte, könne sein Regime voll anerkennen. Dieser Schritt sollte etwaige Sanktionen, die durch die Bonner Hallstein-Doktrin drohten, entkräften.

Aber auf jener Reise war der diplomatische Durchbruch im Zuge einer vollen Anerkennung Ostberlins nicht geplant. Diesen vollzogen einige arabische Länder erst ab Mai 1969. Danach zwang die Ulbricht-Doktrin die Regierung in Bonn, einen neuen Nahost- und Osteuropakurs zu finden.

Erhards diplomatisches Stalingrad?

Heute auszuführen, Ludwig Erhards Flucht nach vorn vom 7. März 1965 in volle Beziehungen mit Israel (auf Druck der Westmächte) sei außenpolitisch nur begrenzt nachteilig gewesen, stellt die Verhältnisse auf den Kopf.

Abgesehen davon, dass dieser Schritt längst überfällig war, fehlten Bonn dann zumeist sieben Jahre volle Beziehungen zu zehn arabischen Ländern. In dieses Vakuum stieß Ostberlin auf sehr vielen Bereichen.

Jetzt gab es nicht nur keine Bonner Botschafter in wichtigen arabischen Metropolen mehr, sondern ihre ostdeutschen Amtskollegen stiegen dort zu den alleinigen deutschen Vertretern auf. Ungeachtet dessen, dass dies in Nahost insgesamt konflikt verschärfend wirkte, hatte es vor allem zwei Folgen.



Foto: Gerhard Kiesling, NBI

Gästehaus der ägyptischen Regierung in Kairo

Einerseits sind intensiver radikale Lehren des osteuropäischen Modells verbreitet worden, woran die Region noch immer krankt. Besondere Beispiele dafür sind ostdeutsche Einflüsse auf Algerien, Ägypten, Sudan, Irak, Syrien, die PLO und Südjemen. Nur Ägypten unter Anwar as-Sadat schaffte es frühzeitig, sich dem zu entwinden. In den anderen Fällen verfestigten sich entweder Diktaturen mit einer nie gekannten Machtfülle, oder islamistische Kräfte setzten dem ein Ende, was den Raum in ein weiteres Abseits trieb.

Andererseits kam vier Jahre nach Ulbrichts Ägypten-Reise das "diplomatische Stalingrad", um den unpassenden Begriff aufzunehmen. Der Irak trat am Vorabend des 1. Mai 1969, also zehn Jahre nach dem Otto Grotewohl gegebenen Versprechen auf volle diplomatische Anerkennung, die Welle der Anerkennung Ostberlins los, die rasch Nahost sowie Asien erfasst hat.

Damit war Bonn dort vollends isoliert. Da es aber kaum noch vor Ort präsent war, konnten die Ostdeutschen nicht nur eine gleichzeitige Aufnahme beider deutscher Staaten in die UN anstreben, sondern auch so argumentieren: eine arabische Wiederaufnahme der Beziehungen zu Bonn dürfe es nur dann geben, wenn es der Alleinvertretung entsage.

Da in der Arabischen Liga in diesem Punkt das Prinzip der Einstimmigkeit galt, fiel es Ostberlin leicht, seine Anhänger dort den Bonner Neuanfang blockieren zu lassen.



Foto: Gerhard Kiesling, NBI

Ostberlins Staats- und Parteichef Walter Ulbricht im Garten des Qubba-Palastes in Kairo-Heliopolis. Von links nach rechts: Dr. Ernst Scholz (Rücken), Dr. Lothar Bolz (gegenüber), Horst Sölle (Rücken), Walter Ulbricht, Alfred Neumann, Gerhard Weiss und nicht in dem Ausschnitt, aber zugegen Paul Markowski, Gerhard Kegel und Dr. Wolfgang Kiesewetter.

Schließlich dehnte Ulbricht dieses Prinzip auch auf Osteuropa aus. Über Moskau und über den Warschauer Vertrag kehrte er den Spieß in der so genannten Ulbricht-Doktrin um: Mit Bonn, das auch in der großen Koalition Ende 1966 im Zugzwang auf der Suche nach einer neuen Ost- und Nahostpolitik war, dürften Botschafter nur ausgetauscht werden, wenn es die Hallstein-Doktrin fallen lasse.

Rasch ließ der Staats- und Parteichef diese Regel durch bilaterale Verträge mit fünf osteuropäischen Ländern absichern. Damit wurde es für Bonn unabweisbar, die Hallstein-Doktrin über Bord zu werfen und auch die Nahostpolitik von ihrer deutschlandpolitischen Rückbindung zu befreien.

Dies gelang Bonn unter Hans-Dietrich Genscher wie auch ein Neubeginn in Nahost über die Europäische Gemeinschaft ab 1972. Danach nahm ein geregeltes Gegeneinander der Deutschen in der Region seinen Lauf, dessen Wirkungen dortselbst noch zu wenig ergründet worden sind.

Wolfgang G. Schwanitz